Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6918**

18. Wahlperiode 02.12.2015

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 18/6866, 18/6912 –

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union sowie den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) für Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Bahrain, den Oman, den Irak, die Türkei sowie alle weiteren Länder des Nahen und Mittleren Ostens keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern mehr zu erteilen sowie alle bereits erteilten Genehmigungen zu widerrufen;

b) die USA, Russland, die Türkei sowie alle anderen Staaten aufzufordern, ebenfalls alle Rüstungsexporte und Militärhilfen in die betreffenden Länder sofort einzustellen.

Berlin, den 30. November 2015

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Der Nahe und Mittlere Osten gehört seit Jahren zu den instabilsten und am höchsten militarisierten Regionen der Welt.

Viele Empfänger deutscher Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter in der Region sind direkt oder indirekt am Krieg in Syrien und im Irak beteiligt. Insbesondere Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sind langjährige Empfänger deutscher Rüstungsgüter und gleichzeitig langjährige Unterstützer jihadistischer Gruppen in Syrien und Irak. Jeder Versuch, den verheerenden Krieg in Irak und Syrien zu beenden, ist zum Scheitern verurteilt, wenn gleichzeitig die verschiedensten Bürgerkriegsparteien ungebrochen mit Waffen und anderer Militärhilfe versorgt werden. Waffenlieferungen in diese Region tragen maßgeblich zur fortgesetzten gewaltförmigen Austragung von Konflikten und damit auch zur Radikalisierung von Konfliktparteien bei.

Trauer um die Opfer der grausamen Anschläge auf Ziele des zivilen Lebens in Paris am 13. November 2015 wurden und werden weltweit geteilt und haben uns zugleich in Erinnerung gerufen, dass an vielen Orten – gerade außerhalb Europas – Menschen täglich Opfer der extremistischen Gewalt des so genannten Islamischen Staates (IS) werden, sei es in Beirut, in Bamako oder in Tunis.

Die Anschläge des IS dürfen nun aber nicht als Vorwand für eine Ausweitung der Militärintervention in Syrien missbraucht werden und in der weiteren Aufrüstung und Bewaffnung vermeintlicher Partner im Kampf gegen den Terror münden. Militärische Antworten und Vergeltung, wie die jetzigen französischen Luftschläge auf vermutete IS-Stellungen in Syrien, werden nicht dazu beitragen, den IS wirkungsvoll zu schwächen. Ebenso wenig werden die militärischen Angriffe der syrischen Regierungstruppen, der USA, Großbritanniens und Russlands ein Ende des Krieges in Syrien und einen Sieg über den IS herbeiführen. Im Gegenteil, es ist bereits absehbar, dass die Ausweitung der militärischen Angriffe in Syrien die Konfliktparteien weiter auseinander treibt, anstatt sie am Verhandlungstisch näher aneinander zu rücken. Militärische Deeskalation ist das Gebot der Stunde.

Zugleich gilt es, den IS endlich von seinen Finanzierungsquellen abzuschneiden, den Zufluss von Kämpfern zu stoppen und vor allem: den IS ideologisch zu schwächen. Der IS zieht seine Stärke auch aus der Erzählung, dass der Westen sich auf einem "Kreuzzug" gegen Muslime befinde. Die jetzige Kriegsrhetorik des Westens und die Ausweitung der Militäreinsätze in Syrien nähren diesen Mythos zusätzlich.

Nur wenn die Bundesregierung sämtliche Unterstützung für eine gewaltförmige Konfliktaustragung beendet, kann sie glaubwürdig für friedliche Lösungen werben.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333